

# Beni Würth, warum will ausgerechnet ein Bürgerlicher die Steuern erhöhen?

Ständerat Beni Würth aus Rapperswil-Jona bricht in Bundesbern ein Tabu: Geht es nach ihm, geht die Mehrwertsteuer hoch – befristet.

Interview: Fabio Wyss

Diese Motion wird noch zu reden geben: Mitte-Ständerat Beni Würth aus Rapperswil-Jona reichte diese Woche einen Vorstoss zur Gesundung der Staatsfinanzen ein. Möglichst ab 2026 soll während fünf Jahren die Mehrwertsteuer (MWST) um ein Prozent erhöht werden. Würth bricht damit ein Tabu.

**Beni Würth, warum will ausgerechnet ein Bürgerlicher die Steuern erhöhen?**

Wir haben drei Herausforderungen: Bereinigung strukturelles Defizit im Bundeshaushalt (3 bis 4 Milliarden Franken), Ausfinanzierung AHV wegen der 13. Rente (4,7 Milliarden) und die Nachrüstung der Armee aufgrund der veränderten Sicherheitslage (ebenfalls markante Mehrausgaben im Milliardenbereich). Es braucht selbstverständlich deutliche Kürzungen der Ausgaben, aber ohne befristete Mehreinnahmen ist eine Stabilisierung der öffentlichen Finanzen völlig unrealistisch. Wir haben grossen Zeitdruck, sollten vorwärtskommen und ehrlich kommunizieren. Das ist für mich keine Frage von links oder rechts, sondern eine Frage der Verantwortung.

**Ihre Antwort auf diese Frage ist eine temporäre Erhöhung der Mehrwertsteuer. So kommt aus der Mittepartei ein Vorschlag, der den Mittelstand belastet...**

Die Mehrwertsteuer führt zu einer relativ ausgeglichenen Belastung für alle. Wer mehr konsumiert, bezahlt mehr Steuern.

**Diese Mehreinnahmen sind befristet. Hand aufs Herz: Glauben Sie wirklich, dass die Steuer wieder gesenkt wird, wenn sie mal eingeleitet worden ist?**

Immer, wenn das Parlament in Eigenregie «befristete» Einnahmen beschliessen kann, sind sie am Ende unbefristet. Hier ist es anders: Der Vorteil des Konzepts liegt darin, dass es eine Anpassung der Verfassung braucht und somit eine obligatorische Volksabstimmung. Das Volk müsste somit auch eine Verlängerung beschliessen. Es gibt ein

**«Das ist für mich keine Frage von links oder rechts.»**

gutes Beispiel aus der Vergangenheit: 2018 lief der befristete Mehrwertsteueranteil zugunsten der Invalidenversicherung aus.

**Ihr Konzept trägt den Namen «Sicherheitsprozent». Wieso ist das nach monatelangem Ringen die Lösung?**

Ob es die Lösung ist, werden wir sehen. Im Ständerat haben 16 Mitglieder aus Mitte, FDP und SP mitunterzeichnet. Zumindest in meiner Kammer bin ich zuversichtlich. In den nächsten Monaten wird es zusätzliche Dynamik geben durch die Publikation der Vorschläge zur Haushaltsbereinigung.

**Inwiefern?**

Dann werden wohl die Letzten begreifen, dass die finanziellen Löcher massiv sind. Diejenigen, die jetzt am lautesten schreien, werden dann ziemlich ruhig.

**Sie bringen Ihre Partei unter Zwang, nachdem Sie und andere**



Mehr Geld muss her: Ständerat Beni Würth (Die Mitte, Rapperswil-Jona) will die Mehrwertsteuer temporär um ein Prozent erhöhen. Bild: Keystone

**Mitte-Ständeräte den Kompromiss Ihrer Parteikolleginnen nicht unterstützten. Aus welchem Grund waren Sie dagegen?**

Weil die Schuldenbremse und somit die Verfassung klar verletzt worden wären.

**Die Schuldenbremse aushebeln – wenn sich ein Land das leisten kann, dann die Schweiz.**

Auch in der Schweiz hatten wir früher eine Schuldenwirtschaft mit schmerz-

haften Erfahrungen. Die Probleme sieht man in anderen Ländern. Frankreich gibt für den Schuldendienst gleich viel aus wie für die Landesverteidigung (50 Milliarden Franken) – mit einer Schuldenkrise verarmt ein Land. Ich will nicht, dass die Schweiz in einen solchen Teufelskreis zulasten der kommenden Generation kommt. Unsere Schuldenbremse ist ein wesentlicher Pfeiler für den Wohlstand in der Schweiz.

**Wie kommt Ihr Vorstoss innerparteilich an?**

Im Ständerat gibt, in den weiteren Monaten wird es selbstverständlich noch weitere, vertiefte Diskussionen geben.

**Über die Steuererhöhung müsste vorab abgestimmt werden. Weshalb sollte das Volk zustimmen, dass es am Schluss weniger im Portemonnaie hat?**

Letztendlich müssen wir als Gesellschaft abwägen, wie viel uns soziale und militärische Sicherheit wert ist. In der direkten Demokratie sind wir uns diese Abwägungen gewohnt. Wichtig ist, dass die Politik auch Führungsverantwortung wahrnimmt, Klarheit schafft und nicht einfach nur redet.

**Eine höhere MWST belastet alle – ausser vielleicht AHV-Bezüger, die im Ausland leben. Diese wiederum profitieren von der 13. AHV-Rente. Die SVP wird das Ihnen um die Ohren hauen im Abstimmungskampf. Was entgegnen Sie?**

Die AHV müssen wir – unter Einbezug der 13. Rente – stabil halten. AHV-Bezüger im Ausland haben bei Finanzierungsmaßnahmen einen Vorteil, das bestreite ich nicht. Der Bundesrat muss bis 2026 strukturelle Massnahmen zur AHV-Sicherung ab 2031 vorschlagen. In diesem Rahmen sind Anpassungen bei AHV-Bezügern im Ausland zu diskutieren und entscheiden.

**Am meisten schmerzen dürfte eine Steuererhöhung auf Konsumgüter Menschen an der Armutsgrenze. Warum sollten Linke trotzdem Ja stimmen?**

Nur ein solide finanzierter Staat kann auch ein sozialer Staat sein. Linke wissen, dass der Bundeshaushalt nicht nur mit ausgabenseitigen Sparmassnahmen saniert werden kann.

INSERAT

glo

Erhältlich auf [glo.ch](https://glo.ch)

WOOOW!

Tabak geniessen, ohne Rauchgeruch.  
Einfach wie nie.

NEW HYPER pro

\*glo® ersetzt Tabak anstatt ihn zu verbrennen. Dabei entsteht ein Tabakerosol, weniger Geruch und keine Asche. Im Vergleich zu einer gerauchten Zigarette. Dieses Produkt ist nicht löslich und enthält Nikotin, eine abhängig machende Substanz.

Dieses Tabakprodukt schädigt Ihre Gesundheit und macht stark abhängig. Ce produit du tabac nuit à votre santé et crée une forte dépendance. Questo prodotto del tabacco nuoce alla tua salute e provoca un'elevata dipendenza.